

Fragwürdige Wahl

Die Russische Wissenschaftsakademie erhält einen Präsidenten von Putins Gnaden.

Die altherwürdige und einst mächtige Russische Akademie der Wissenschaften (RAW) steht unter neuer Leitung. Der Laserphysiker Alexander Sergejew, seit 2017 Präsident der Akademie, zog einen Tag vor seiner geplanten Wiederwahl die Kandidatur zurück. Er begründete dies mit „administrativem Druck“ auf Akademiemitglieder, die ihre Meinung frei zu äußern versuchten, und sprach von einer „erzwungenen Entscheidung“. Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine hatten sich 200 Akademiemitglieder und weitere Wissenschaftler:innen öffentlich gegen die „militärische Spezialopera-

tion“ ausgesprochen. An Sergejews Stelle wählte die Akademie Gennadij Krasnikow zum neuen Präsidenten: Der Chef des größten russischen Chipherstellers Mikron PAO pflegt gute Kontakte zur Staatsführung.

Seit knapp zehn Jahren baut die russische Regierung die selbst in Sowjetzeiten zumindest teilweise selbstverwaltete RAW grundlegend um. Ursprünglich wollte sie diese ganz abschaffen und durch eine neue staatliche Institution ersetzen.¹⁾ Das scheiterte am Widerstand der russischen Wissenschaftsgemeinschaft. Doch 2014 ging der komplette Besitz der RAW an Immobilien und anderen Gütern an eine externe Organisation, die 2018 in einem neuen Ministerium

für Wissenschaft und Höhere Bildung aufging. Kurz nach seinem Amtsantritt 2018 verkündete Sergejew, dass die Reformphase beendet sei, setzte aber auch selbst noch neue Regeln um. So gibt es nun Altersbegrenzungen für Führungspositionen: Zuvor wurden die Posten oft auf Lebenszeit vergeben, mit einer entsprechenden Überalterung als Folge.

Welchen Weg die RAW unter Krasnikow einschlagen wird, ist noch unklar. Die Herausforderungen in einer vom Angriffskrieg im Griff gehaltenen Gesellschaft und nach dem Abbruch fast aller Kontakte zu westlichen Partnerorganisationen sind immens.

Matthias Delbrück

1) Physik Journal, Januar 2014, S. 11

Proteste im Iran

Die Hochschulrektorenkonferenz und der Deutsche Akademische Austauschdienst verurteilen die staatliche Gewalt gegen Protestierende.

Die landesweiten Proteste im Iran ebbten auch vier Wochen nach ihrem Beginn am 16. September nicht ab und haben geschätzt mehr als hundert Universitäten erfasst, nicht zuletzt in der Hauptstadt Teheran. Die Proteste, die sich gegen die Islamische Republik Iran richten, entzündeten sich am gewaltsamen Tod der 22-jährigen Mahsa Amini in Polizeigewahrsam. Die angehende Jurastudentin war verhaftet worden, weil sie die islamische Kopfbedeckung (Hidschab) nicht ordnungsgemäß getragen haben soll. Bei den Unruhen sind zahlreiche Menschen gestorben, die Zahlen schwanken je nach Quelle zwischen 40 und rund 200. Die Demonstrationen sind die größten seit der „Grünen Revolution“ nach der Präsidentschaftswahl 2009, bei der die Opposition dem Sieger Mahmud Ahmadineschäd massiven Wahlbetrug vorgeworfen gefordert hatte.

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD)

zeigten sich besorgt über die eskalierende Situation und verurteilten „die erkennbar von staatlicher Seite vollzogenen Repressionen“ (HRK) und Gewalt gegenüber Studierenden sowie Universitätsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, die in Teheran und anderen Städten des Landes friedlich demonstrieren. „Das Recht

auf freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit werden in erheblichem Umfang verletzt. Die Situation erfüllt uns mit größter Sorge“, sagte HRK-Präsident Peter-André Alt. Der Senat der HRK erklärte seine Solidarität mit den iranischen Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere mit den Angehörigen iranischer

Kurzgefasst – international

Mehr als nur Zitierung

Eine informationswissenschaftliche Studie hat gezeigt, wie unterschiedlich Männer und Frauen in Veröffentlichungen zitieren. Mittels maschinellen Lernens gelang es, dass Geschlecht der Autor:innen anhand der Literaturliste eines Papers präzise vorherzusagen. Vgl. K. Lerman et al., Proc. Natl. Acad. Sci. **119**, e2206070119 (2022)

Partnerschaft mit Thailand

Die EU und Thailand haben eine Initiative gestartet, um die Kollaboration thailändischer Spitzenforscherinnen und -forscher mit ERC-Geförderten zu unterstützen.

Migration von Studierenden

Eine Studie der OECD zur Migration weltweit hat einen besonderen Fokus auf Studierende gelegt. Sie untersucht u. a., wie die Zulassungsbedingungen verschiedener Staaten aussehen und sich auf den Zustrom Studierender auswirken: bit.ly/3eBPCih.

Begehrtes Schutzprogramm

Die erste Bilanz des Hilde Domin-Schutzprogramms für gefährdete Studierende und Promovierende fällt positiv aus. Der DAAD hat damit bisher 135 Personen nach Deutschland geholt; die Nachfrage fiel mit 970 Nominierungen deutlich höher aus.

Hochschulen, in ihrem Einsatz für die Menschenrechte und ausdrücklich auch die Rechte der Frauen und appellierte an alle Beteiligten, auf Gewalt zu verzichten.

„Wir stehen solidarisch an der Seite der mutigen Studierenden und Universitätsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter bei ihren friedlichen Protesten. Wir werden daher auch

weiterhin bemüht sein, diejenigen zivilgesellschaftlichen Kräfte, die für die individuellen und gesellschaftlichen Freiheitsrechte im Iran und für ein friedliches Miteinander eintreten, zu unterstützen. Diese haben an den Universitäten des Landes eine besonders starke Basis“, so der DAAD-Präsident Joybrato Mukherjee. Die aktuelle Situation im Iran sei ein wei-

teres beklemmendes Beispiel für die Repressionen, mit denen Studierende oftmals zu tun haben. Hier kann das „Hilde Domin-Programm“ für bedrohte Studierende helfen,¹⁾ welches das Auswärtige Amt und der DAAD 2021 eingerichtet haben.

Alexander Pawlak

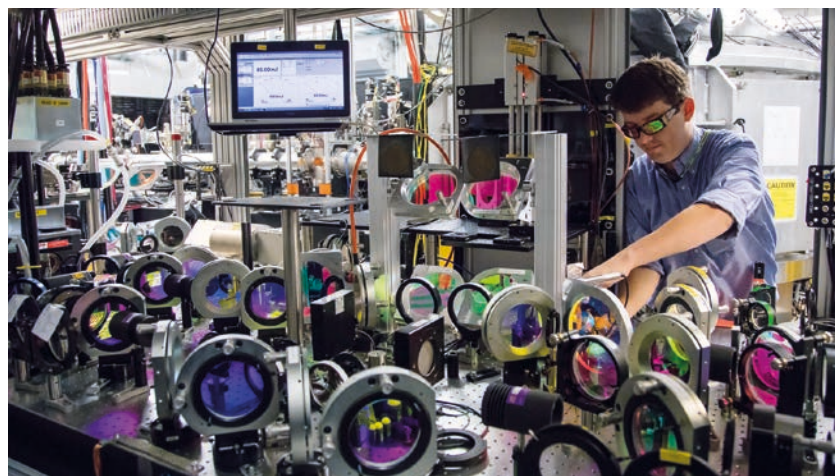
1) Physik Journal, Mai 2021, S. 13

USA

Wo das Geld hingeht

Nach langer Diskussion und vielen taktischen Manövern hat der US-Kongress im Sommer den „CHIPS and Science Act“ mit überparteilichen Mehrheiten in beiden Kammern beschlossen.¹⁾ Das komplizierte Verfahren mündete in drei Gesetzespaketen: dem „CHIPS Act of 2022“,²⁾ dem „Research and Development, Competition, and Innovation Act“ und dem „Supreme Court Security Funding Act of 2022“. Ungeachtet der Vorgeschichte handelt es sich um eine der größten öffentlichen Fördermaßnahmen für Forschung und Entwicklung in den USA. Seit Präsident Biden das Gesetz am 9. August mit seiner Unterschrift in Kraft gesetzt hat, läuft die Umsetzung. Insbesondere ist jetzt absehbar, wohin die etwa 50 Milliarden US-Dollar für die Halbleiterelektronik und weitere 100 Milliarden für die übrige Forschung fließen werden.

Für die Physik besonders interessant sind die verschiedenen Großforschungseinrichtungen des Energieministeriums DOE. Für das derzeit im Bau befindliche Neutrino-Experiment LBNF/DUNE erhöht sich das jährliche Budget von 180 auf 300 Millionen Dollar. Das könnte die bis 2031 prognostizierte Kostensteigerung um insgesamt eine Milliarde auffangen, zumal dem DOE auch Mittel aus dem „Inflation Reduction Act“ zur Verfügung stehen. Der grundüberholte Freie-Elektronen-Laser LCLS-II, der



Der Freie-Elektronen-Laser am SLAC erlaubt es Forschenden, einen tiefen Blick in Materie unter extremen Bedingungen zu werfen.

am SLAC Anfang nächsten Jahres „First Light“ hat, soll früher mehr Mittel erhalten, um ein weiteres Upgrade bis 2026 zu ermöglichen. Für die derzeit noch im frühen Planungsstadium stehenden Projekte Electron-Ion-Collider (EIC) und Spallation Neutron Source Second Target Station (SNS-STs) erhöhen sich die Zusagen auf bis zu 300 Millionen Dollar. Schließlich bekannten sich Kongress und Regierung auch klar zur US-Beteiligung am internationalen Fusionsreaktor ITER. Hier erhöht sich das Budget von 240 auf 400 Millionen, was deutlich mehr ist als im „Energy Act of 2020“ empfohlen und auch den Entwurf des CHIPS and Science Act vom Februar übertrifft. Möglicherweise soll dies pandemiebedingte Kostensteigerungen auffangen, die noch nicht offiziell feststehen.

Bei der National Science Foundation (NSF) profitieren an erster Stelle

die beiden US-Konkurrenzprojekte zum europäischen Extremely Large Telescope: das Giant Magellan Telescope in Chile und das Thirty Meter Telescope in Hawaii, die laut dem Decadal Survey der US-Astrophysik im Verbund gebaut und betrieben werden sollen. Allerdings reichen auch die jetzigen Etatsteigerungen nicht aus, um beides nach den Vorgaben des Surveys fristgerecht fertigzustellen. Insgesamt erhält die NSF für ihre Großforschungseinrichtungen statt bisher 250 Millionen jährlich schrittweise mehr: 2025 sind 370 Millionen vorgesehen.

Zu den vielen weiteren Maßnahmen gehören auch fast eine Milliarde Dollar für die Modernisierung der Infrastruktur in den zehn Nationallaboratorien des DOE sowie Geld für Hochleistungslaser, Untergrundlabore und mittelgroße Forschungseinrichtungen.

Matthias Delbrück

1) Physik Journal, August/September 2022, S. 22

2) Das Akronym steht für „Creating Helpful Incentives to Produce Semiconductors“.